

Protokoll

**17. öffentliche Sitzung des Ausschusses Finanzen, Controlling und Personal
vom 20.11.2025, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 01.09.2025
- 2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3. Haushalt 2026
- 3.1. Produkthaushalt 2026 – Vorberatung der Produkte, die nicht in anderen Fachausschüssen vorberaten werden 2025/656
- 3.2. Stellenplan 2026 – mündlicher Vortrag
- 3.3. Gesamthaushalt 2026 – mündlicher Vortrag
- 3.4. Eilantrag: Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.08.2026-31.07.2029) 2025/658
- 4. Eilantrag: Haushalt 2026 – Haushaltssicherungsmaßnahmen 2025/630
- 5. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung von 23.300,00 € für das Schulzentrum Dannenberg, Mensa: Ersatzbeschaffung Haubenspülmaschine 2025/633
- 6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 6.1. Personalsituation zum 30.09.2025
- 6.2. Nachträgliche Benachrichtigung zur Beauftragung von Virtual Reality Szenarien für den Bereich „Ausbildung“ 2025/535
- 6.3. Unterzeichnung des Kooperationsvertrags mit der Firma straiqr zur gemeinsamen Entwicklung einer Plattform für KI-gestützte Assistenzsysteme 2025/547
- 6.4. Haushaltswirtschaftlicher Bericht zum 30.09.2025 2025/649

Nicht öffentlicher Teil

- 7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Bade, Heike
KTA Beckmann, Uwe
KTA Haase-Mühlner, Alexander Vertretung für KTA Liebhaber
KTA Hennings, Matthias
KTA Kaufmann, Horst
KTA Korth, Friedhelm Dietmar
KTA Petersen, Torsten Vorsitzender
KTA Siebolds, Reinhard
KTA Sperling, Udo
KTA Gottberg, Wilhelm von Vertretung für KTA Allgayer-Reetze
KTA Hensel, Thorsten
beratendes Mitglied Berg, Hartmut
beratendes Mitglied Bohm, Markus
beratendes Mitglied Martin, Manfred
Landrätin Schulz, Dagmar
Donner, Sabrina
Erlebach, Sylvia
Richardt, Diana

Es fehlen:

KTA Behning, Kurt
KTA Carmienke, Christian
KTA Liebhaber, Manfred entschuldigt
KTA Allgayer-Reetze, Patricia entschuldigt

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:03 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzender T. Petersen begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Controlling und Personal. Er gibt die Tagesordnung bekannt, die um den Tagesordnungspunkt „Haushaltssicherungsmaßnahmen“ ergänzt wurde. Die Ergänzung sei per E-Mail an alle Mitglieder verteilt worden. Der Punkt werde unter 3.3 oder 3.4 in den Gesamthaushalt integriert. Zudem werde der Tagesordnungspunkt Beschlussvorlage 2025-658 – Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.08.2026 - 31.07.2029) aufgenommen, der bereits im Ausschuss für Naturschutz, Land und Forstwirtschaft vorberaten worden sei. Dieser werde haushaltstechnisch bewertet und in den Gesamthaushalt einbezogen. Frau Schmid werde den entsprechenden Bericht abgeben, um alle Mitglieder über die Hintergrundinformationen zu informieren. Er stellt die Tagesordnung fest und fragt nach Ergänzungswünschen oder Anmerkungen. Nachdem keine Gegenstimmen oder Enthaltungen abgegeben werden, stelle er die ordnungsgemäße Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung einstimmig fest.

1. Genehmigung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 01.09.2025

Vorsitzender T. Petersen stellt fest, dass das Protokoll bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen wird. Abstimmung: Ja: 7 · Nein: 0 · Enthaltungen: 2

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorsitzender T. Petersen begrüßt die Presse herzlich und erwähnt, dass Herr Boick als Pressevertreter ebenfalls eine Frage stellen könnte, sofern er dies wünsche. **Vorsitzender T. Petersen** stellt fest, dass ansonsten keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend seien und teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt daher verlassen werde.

3. Haushalt 2026

3.1. Produkthaushalt 2026 – Vorberatung der Produkte, die nicht in anderen Fachausschüssen vorberaten werden 2025/656

Vorsitzender T. Petersen beginnt mit der Vorberatung des Produkthaushalts 2026. Er weist auf die Liste der Produkte hin, die nicht in anderen Fachausschüssen vorberaten werden, und liest die Defizite und Erträge für Produkt 11101 (Steuerung) sowie 11102 (Steuerungsunterstützung) vor. Er erläutert, dass bei Produkt 11102 (Steuerungsunterstützung) und 11109 (allgemeine Rechtsangelegenheiten) keine wesentlichen Veränderungen vorliegen. Er weist auf die Fußnoten hin, die Erklärungen zu Sprüngen in den Personalangaben enthalten.

KTA Beckmann fragt nach der Abwesenheit von Beihilfeunterstützungsleistungen in bestimmten Produkten und vermutet, dass dies auf den Unterschied zwischen Beamten und Angestellten zurückzuführen sei.

FDL 20 Erlebach bestätigt, dass in den genannten Produkten keine Beamten beschäftigt seien.

Vorsitzender T. Petersen geht die Übersicht der Produkte durch, darunter allgemeine Rechtsangelegenheiten (11109) und Chancengleichheit (11113). Er erwähnt, dass es bei Produkt 11114 (Personalvertretung) keine wesentlichen Veränderungen gebe. Bei Produkt 11115 (Datenschutz) und 11117 (Controlling) bestünden nur marginale Erhöhungen.

KTA Siebolds fragt nach der kontinuierlichen Erhöhung der Personalangaben in Produkt 11103 (Organisation), insbesondere dem Sprung von Vollzeitstellen.

FDL 20 Erlebach erläutert, dass dies durch die Personalakquise bedingt sei und verweist auf die Fußnote.

KTA Beckmann fragt nach der Definition von „betrieblichem Mobilitätsmanagement“ und wird von **Landrätin Schulz** und **FDL 20 Erlebach** informiert, dass dies Konzepte zur Reduktion von Dienstfahrzeugen und

Förderung von Fahrradnutzung umfassen, einschließlich Dienstrad-Leasing.

KTA Siebolds fragt nach dem Verhältnis der Personalverwaltungsaufwendungen zu anderen Samtgemeinden.

FDL 20 Erlebach erläutert, dass darunter auch Azubis, Anwärter und Springerstellen fallen und dass Springerstellen nicht in den Personalkosten enthalten seien, da sie nur bei Besetzung abgerechnet würden.

KTA Beckmann erkundigt sich nach den Investitionen in Produkt 11105 (Personal) und wird auf die Sanierung des Kreishauses hingewiesen, wobei die Planungskosten von 5 Millionen Euro auf 1,03 Millionen reduziert wurden.

KTA Korth fragt nach dem Anstieg des Kontos 358200 (Inanspruchnahme von Rückstellungen).

FDL 20 Erlebach informiert, dass dies auf die Auflösung von Pensionsrückstellungen zurückgehe.

Vorsitzender T. Petersen geht weiter zu Produkt 11108 (Information und Kommunikation) und 11122 (Digitalisierung)

FDL Erlebach weist darauf hin, dass in dem Produkt 11122 (Digitalisierung) noch eine geplante halbe Stelle fehle, die noch nicht in den Haushalt eingepreist sei. Durch die Digitalisierung komme es im Produkt 11106 (Kassen- und Rechnungsangelegenheiten) zu einer Personalverringering.

KTA Beckmann fragt nach der Rückholung der Vollstreckungsleistung.

FDL 20 Erlebach erklärt, dass die Quote nicht aussagefähig sei, da sie sich aus verschiedenen Bereichen zusammensetze.

FDL 20 Erlebach informiert über die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen vom Land (27,8 Mio. EUR auf 29,162 Mio. EUR) und die Steigerung der Kreisumlage um 4 Mio. aufgrund der Steuerkrafterhöhung.

KTA Hensel kritisiert die neue Finanzausgleichsregelung und fragt nach Maßnahmen des Niedersächsischen Landkreistags.

Landrätin Schulz und **FDL 20 Erlebach** erklären, dass es keine Einigung zwischen Städtetag und Landkreistag gebe und der Finanzausgleich die dünnbesiedelten Landkreise benachteilige.

KTA Siebolds erkundigt sich nach den Liquiditätskrediten

FDL 20 Erlebach nennt den Anstieg von 4 Mio. EUR Ende 2024 auf 25–27 Mio. EUR Ende 2025. Eine weitere Steigerung in 2026, die auf das Defizit von 34 Mio. EUR zurückgehe, führe zu einem Liquiditätsbestand von knapp 60 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2026.

KTA Beckmann fragt nach den Kriterien für die Bewertung der Personalkostensteigerung.

FDL 20 Erlebach nennt die Veränderungen in den Erfahrungsstufen und die Tarifierhöhungen. Sie erläutert, dass die Systemberechnungen auf bestehende Tarifierhöhungen und Erfahrungsstufen basieren. Für die Beamten wurde mit einer Steigerung von 3,0 % gerechnet. Hier werde aktuell noch verhandelt.

3.2. Stellenplan 2026 – mündlicher Vortrag

FDL 20 Erlebach stellt den Stellenplan 2026 vor, der gegenüber dem Jahr 2025 (437,95 Vollzeitstellen) um 5,76 Stellen auf 443,71 ansteigt. Im Justizariat wird eine 0,5-Stellen-Ausweitung vorgenommen, da die Aufgabenwahrnehmung durch Rechtsvorschriften wie das Bundesimmisionsschutzgesetz und Windbeschleunigungsgesetz zugenommen hat. Die Zusammenlegung der Juristenstelle mit einer A11-Stelle führt zu einer Aufwertung auf E13. In der Stabsstelle Digitalisierung wird ebenfalls eine 0,5-Stellen-Ausweitung vorgenommen.

FDL 20 Erlebach nennt zwei Neubewertungen (E8 auf E9a und A12 auf A13).

StL 06 Donner begründet die zusätzliche halbe Stelle in der Digitalisierung mit der Betreuung der externen Beteiligungen und damit einhergehenden neuen Sicherheitsanforderungen wie der NIS-2-Richtlinie. Diese Anforderungen seien mit dem aktuellen Personalbestand nicht mehr machbar.

Vorsitzender T. Petersen fragt, ob die Digitalisierungsergebnisse messbar seien und ob es sich um

Pflichtaufgaben handle.

StL 06 Donner betont, dass die Umsetzung der digitalen Barrierefreiheit bereits seit Jahren Pflicht sei, aber bislang nicht bearbeitet werden konnte.

Landrätin Schulz ergänzt, dass die Beteiligung an externen Gesellschaften ein Nullsummenspiel sei, da ansonsten höhere Zuschüsse erforderlich wären.

KTA Siebolds fordert messbare Kennzahlen für Digitalisierungsprojekte, die auch die Arbeitserleichterung und damit einhergehende Zeitersparnisse aufzeigen.

Landrätin Schulz bestätigt, dass das Controlling für die Überprüfung zuständig sei.

StL 06 Donner erläutert, dass die Personalbedarfsbemessung aber Aufgabe der Organisationsabteilung sei.

KTA von Gottberg kritisiert die 4,75 nicht besetzten Stellen im Bereich Personal und Organisation und fragt, wie die Arbeit erledigt werde.

FDL 20 Erlebach erläutert, dass nicht besetzte Stellen durch Vertretung und Verdichtung abgedeckt würden, dies jedoch teilweise auch zu Krankheitsfällen führe.

FDL 20 Erlebach nennt weitere Veränderungen: Reduzierung in der Bearbeitung on demand (0,25 Stellen), Streichung der Öffentlichkeitsarbeit (0,35 Stellen) und Ausweitung für den ÖPNV (0,5 Stellen). Die Ausweitung um 0,5 Stellen für die Sachbearbeitung des ÖPNV sei aufgrund von Praktikabilitätsproblemen wieder eingerichtet worden.

FDL 20 Erlebach berichtet über eine Neubewertung einer Fachgruppenleitung im Fachdienst Personal- und Organisation.

StL 06 Donner betont die Notwendigkeit einer E8-Stelle für den First-Level-Support in der IT, da die Betreuung externer Beteiligungen den Arbeitsaufwand erhöhe.

FDL 20 Erlebach nennt Reduzierungen im Fachdienst 20 (minus 0,76 Stellen) und Erhöhungen im Ordnungsdienst (1,0 Stellen) sowie im Straßenverkehr (1,49 Stellen). Sie erläutert Neubewertungen in der Führerscheinstelle, Schulen (EG5 auf EG6) und Sozialbereichen (plus 0,93 Stellen) und berichtet über die Ausweitung im zahnärztlichen Dienst (0,26 Stellen) und im Sozialbereich (0,74 Stellen) aufgrund gestiegener Fallzahlen.

FDL 20 Erlebach nennt die Ausweitung um 1,0 E11-Stellen für die Koordination mit dem Gebäudemanagement und die Umwandlung einer A11-Stelle in A13 im Fachdienst 63. Darüber hinaus berichtet sie über Reduzierungen im Fachdienst 66 (minus 2,27 Stellen) aufgrund der Stilllegung des Labors und nennt Neubewertungen in der Abfallwirtschaft (E11 auf E10) und eine Ausweitung im Bereich der Kreisstraßen (plus 0,75 Stellen).

3.3. Gesamthaushalt 2026 – mündlicher Vortrag

Die Tagesordnungspunkte 3.3 (Gesamthaushalt 2026) und 3.4 (Haushaltssicherungskonzept) werden gemeinsam behandelt.

FDL 20 Erlebach trägt vor, dass der Haushalt 2026 ein Defizit von 34,7 Mio. Euro aufweise, mit Erträgen von 167,8 Mio. Euro und Aufwendungen von 202 Mio. Euro. Im Investitionsbereich plane man mit Einzahlungen von 7,6 Mio. Euro, wobei die Kreditaufnahme aufgrund von Auszahlungen von 17,7 Mio. Euro mit 10,12 Mio. Euro veranschlagt sei. Hauptkostentreiber seien die Bereiche Jugend und Soziales (9,2 Mio. Euro) sowie Zentralaufgaben, insbesondere Gebäude- und Digitalisierungskosten. Im Bereich Bauen und Umwelt entstehe gegenüber 2025 ein zusätzliches Defizit von 1,4 Mio. Euro, vor allem durch Steuerungskosten des Dezernats 3 und Schuldendienstleistungen für den Breitbandausbau.

Landrätin Schulz ergänzt, dass diese Entwicklung jedoch nicht auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg beschränkt sei, sondern betreffe alle Landkreise in Niedersachsen. Die Kommunen könnten die Defizite nicht durch Einsparungen allein ausgleichen. Trotzdem müsse man jede Einsparung verfolgen.

FDL 20 Erlebach teilt mit, dass die Defizite anderer Landkreise im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg von 12,5 bis 54 Mio. Euro reichen.

Vorsitzender T. Petersen erwähnt, dass die Kostenentwicklung im Bereich Soziales und Jugend besonders

belastend sei. Dieser Bereich sei eine klassische Pflichtaufgabe, auf die der Landkreis keine Einflussnahme habe.

KTA Siebolds findet, dass die Diskussion über die Defizite anderer Landkreise unzureichend sei. Es sei wichtig, zu prüfen, ob andere Kommunen ähnliche Defizite mit anderen Maßnahmen besser bewältigten.

Landrätin Schulz benennt, die Landrätekonferenz als ein Forum für den Austausch über mögliche Maßnahmen. Aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen sei eine Vergleichbarkeit der Landkreise jedoch schwierig. Der Landkreis müsse im nächsten Jahr konkret prüfen, welche Einsparungen möglich seien.

FDL 20 Erlebach teilt mit, dass der Landkreis seit 1994 in der Haushaltskonsolidierung sei. Strukturelle Einsparungen seien kaum möglich, da viele Einrichtungen bereits aufgegeben worden seien.

KTA Berg merkt an, dass die Kosten für Ukrainer, die nach dem 31. März 2025 nach Deutschland kamen, noch nicht im Haushalt berücksichtigt seien. Dieser Kabinettsbeschluss werde zusätzliche Belastungen verursachen.

Beschlussvorschlag:

Für das Haushaltsjahr 2026 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

Produkt	2026 (Plan)		Defizit
	Ertrag	Aufwand	
11101	0,00	671.600,00	-671.600,00
11102	23.100,00	472.600,00	-449.500,00
11109	21.400,00	320.000,00	-298.600,00
11113	900,00	53.900,00	-53.000,00
11114	700,00	123.900,00	-123.200,00
11115	800,00	98.400,00	-97.600,00
11117	4.000,00	330.800,00	-326.800,00
11103	29.500,00	2.612.200,00	-2.582.700,00
11105	867.800,00	4.732.200,00	-3.864.400,00
11108	103.300,00	2.115.800,00	-2.012.500,00
11122	4.100,00	1.212.300,00	-1.208.200,00
11111	121.600,00	495.700,00	-374.100,00
11107	421.000,00	643.400,00	-222.400,00
11118	0,00	0,00	0,00
11120	12.163.300,00	12.163.300,00	0,00
11112	1.000,00	105.200,00	-104.200,00
12101	600,00	146.300,00	-145.700,00
11106	40.600,00	449.500,00	-408.900,00
61101	72.806.000,00	638.900,00	72.167.100,00
61201	604.800,00	2.798.700,00	-2.193.900,00
gesamt	87.214.500,00	30.184.700,00	57.029.800,00

Abstimmung: Ja: 7 · Nein: 0 · Enthaltungen: 2

FDL 20 Erlebach erläutert, dass für mögliche Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept vier Punkte vorgeschlagen seien:

1. Erhöhung der Kreisumlage um 1 Prozentpunkt (ca. 410.000 Euro) zur Finanzierung des Breitbandausbaus.
2. Reduzierung der Zahl der Kreistagsabgeordneten (7.800 Euro/Jahr).
3. Erhöhung der Benutzungsgebühren für die FTZ (diskutiert, aber noch nicht beschlossen).
4. Aussetzung der Einsetzung von 1 % der Blitzeinnahmen für Verkehrssicherheitsmaßnahmen (38.000 Euro).

Vorsitzender T. Petersen nennt als weiteren Vorschlag, die Aussetzung der Schülerbeförderung am Zeugnistag nach der dritten Stunde, um 60.000 bis 70.000 Euro zu sparen.

Frau Bade weist darauf hin, dass die Aussetzung der Schülerbeförderung im Schulausschuss geprüft werden müsse, da Betreuungskosten entstehen könnten.

KTA Beckmann findet, die Erhöhung der Kreisumlage sei verfrüht, da der Breitbandausbau noch nicht vollständig finanziert sei. Fehlende Informationen zu Fördermitteln aus dem Investitionspakt erschweren eine fundierte Diskussion.

KTA Hensel bemerkt, dass eine Kreisumlageerhöhung zweckgebunden für den Breitbandausbau sein müsse. Eine Gleichverteilung der Kosten zwischen Landkreis und Gemeinden sei sinnvoll.

KTA Hennings nennt die Vorschläge symbolisch. Diese würden das Defizit kaum reduzieren. Es sei sinnvoller, bei der FTZ oder in anderen Bereichen zu prüfen, ob Ausstattungen überflüssig seien.

KTA Korth merkt an, dass die FTZ-Gebührenordnung vorher mit den Gemeinden besprochen werden müsse. Eine Kreisumlageerhöhung sei ohne vorherige Anhörung nicht verantwortbar.

KTA Kaufmann ergänzt, dass die Kreisumlageerhöhung Teil einer langfristigen Diskussion sei. Die Erhöhung der FTZ-Gebühren um 50 % durch den Landkreis und 50 % durch die Samtgemeinden sei ein vernünftiger Ansatz.

Vorsitzender T. Petersen stellt fest, dass aufgrund mangelnder Informationen kein Beschluss gefasst werden könne. Der Punkt werde als behandelt betrachtet und bei Bedarf im Kreisausschuss neu beraten.

Abstimmung: Ja: 6 · Nein: 1 · Enthaltungen: 1

Frau S. Schmid schlägt den Beitritt zur Ökomodellregion Heideregion Uelzen vor, um die Ökolandwirtschaft zu fördern. Die Eigenanteile belaufen sich auf 25 % (max. 29.500 Euro), ggf. kofinanziert durch LEADER.

KTA von Gottberg findet die Diskussion über Einsparungen sei widersprüchlich, da neue Projekte wie die Ökomodellregion zusätzliche Kosten verursachen.

Beschlussvorschlag:

Unter Vorbehalt der Förderzusage beschließt der Kreistag den Beitritt und Zusammenschluss des Landkreises zur und mit der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen und die damit einhergehende Bereitstellung der Eigenmittel für die Förderperiode 01.08.2025 – 31.07.2029. Die Eigenmittel belaufen sich auf höchstens 29.523,76 Euro ohne weitere Kofinanzierung und im besten Fall auf weniger als 10.000 Euro bei einer Kofinanzierung durch LEADER. Aktuell sieht die Kostenaufstellung für alle Landkreise einen gleich hohen Anteil der Mitfinanzierung vor. Hier ist zu verhandeln, dass eine Kostenverteilung auch nach Einwohnern/Anzahl an Betrieben erfolgt.

Abstimmung: Ja: 2 · Nein: 0 · Enthaltungen: 6

3.4. Eilantrag: Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.08.2026-31.07.2029)	2025/658
--	----------

siehe TOP 3.3.

4. Eilantrag: Haushalt 2026 – Haushaltssicherungsmaßnahmen	2025/630
---	----------

siehe TOP 3.3

5. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung von 23.300,00 € für das Schulzentrum Dannenberg, Mensa: Ersatzbeschaffung Haubenspülmaschine	2025/633
---	----------

Vorsitzender T. Petersen weist auf den Tagesordnungspunkt 4 hin, der die Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung von 23.300,00 € für das Schulzentrum Dannenberg, Mensa, Ersatzbeschaffung einer Haubenspülmaschine, beinhaltet. Er bittet um Stellungnahme.

Frau Bade äußert Verwunderung darüber, dass der Punkt nicht im Schulausschuss behandelt wird, da dort bereits eine Anfrage erfolgt sei.

FDL 20 Erlebach erläutert, dass die Mittel für solche Ausgaben aus dem Produkt „Gebäudewirtschaft“ unter dem Punkt „Kleininvestitionen“ stammen, der regelmäßig einen Ansatz von 10.000,00 € vorsehe. Die überplanmäßige Auszahlung sei deshalb in den FiCo gekommen, da dieser zuvor über das Produkt „Gebäudewirtschaft“ entschieden habe. Die Mittel stammten zwar aus dem Bereich Schulen, jedoch werde dort nichts entzogen.

Beschlussvorschlag: Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Auszahlung von 23.300,00 € für die Ersatzbeschaffung einer Haubenspülmaschine für das Schulzentrum in Dannenberg zu.

Abstimmung: Ja: 8 · Nein: 0 · Enthaltungen: 0

6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

6.1. Personalsituation zum 30.09.2025

Vorsitzender T. Petersen erwähnt, dass die Tagesordnungspunkte Mitteilungen, Anfragen und Kenntnisnahmen behandelt werden. Er verweist darauf, dass die Personalsituation zum 30.09. bereits intensiv besprochen worden sei, insbesondere im Kontext des Jahres 2026.

6.2. Nachträgliche Benachrichtigung zur Beauftragung von Virtual Reality Szenarien für den Bereich „Ausbildung“ 2025/535

Vorsitzender T. Petersen weist auf den Tagesordnungspunkt 5.2 (Nachträgliche Benachrichtigung zur Beauftragung von Virtual Reality Szenarien für den Bereich „Ausbildung“) und 5.3 (Unterzeichnung des Kooperationsvertrags mit der Firma straiqr) hin.

KTA Bade bittet um Stellungnahme zu einer E-Mail.

StL 06 Donner ergänzt zur Vorlage, dass sie auf die positiven Erfahrungen mit einem Virtual-Reality-Stand auf der Ausbildungsmesse hinweisen wolle. Sie berichtet, dass dort 13 von 17 Bewerbungen für Verwaltungsfachangestellte, 9 von 11 für Fachinformatiker, 6 von 7 für Straßenwärterinnen, 3 von 7 für das duale Studium Verwaltungswissenschaften und 12 von 17 für das duale Studium Soziale Arbeit innerhalb einer Woche nach der Messe eingegangen seien. Diese Zahlen würden als Erfolg bewertet, und die Maßnahme werde zukünftig fortgeführt.

KTA Beckmann fragt nach weiteren Messen außerhalb des Landkreises Lüchow-Dannenberg.

StL 06 Donner nennt den Gesundheitstag als Beispiel und erläutert, dass auch dort VR-Anwendungen wie ein simuliertes Herz zur Demonstration von Herzerkrankungen genutzt wurden. Sie betont, dass die Technik grundsätzlich überall einsetzbar sei, solange Internet vorhanden sei.

KTA Berg lobt die Messe und weist auf Kritik aus dem Runden Tisch Migration hin, der den Standort Hitzacker als schwer erreichbar für Migranten kritisiert und eine Verlegung in ein Schulzentrum in Lüchow oder Dannenberg vorschlägt.

Vorsitzender T. Petersen erläutert, dass die Organisation von Räumlichkeiten in Schulzentren schwierig sei.

KTA Korth kritisiert die Kosten von 44.000 bis 49.000 Euro und fragt, ob die Maßnahme günstiger realisierbar sei.

StL 06 Donner erklärt, dass keine marktreife Lösung existiere, die die Anforderungen erfülle, und betont, dass das Produkt dauerhaft genutzt werde, ohne Wartungskosten.

KTA Siebolds begrüßt die Initiative und fragt, ob die Software für ergänzende Berufsbilder genutzt werden könne.

StL 06 Donner bestätigt dies.

Landrätin Schulz bittet StL 06 Donner die von KTA Bade genannte E-Mail ohne Namen vorzulesen.

Frau StL 06 Donner zitiert: "An die Ratsfrauen und Ratsherren des Ausschusses Finanzen, Controlling und Personal und Frau Landrätin Schulz, Sitzung am 20.11.2025.

Sehr geehrte Damen und Herren,
angesichts der gähnend leeren Kassen im Landkreis frage ich mich, ob im hiesigen Landkreis das Rad noch einmal neu erfunden werden muss. Sich dieser Initiative anzuschließen, ist sinnhaft, denn

1. F13 hat mindestens zwei Jahre Vorsprung.
2. die Lösungen sind von der Verwaltung für die Verwaltung, das heißt von Profis für Profis, die qua Ausbildung und Praxis wissen, worauf es ankommt.
3. es sind schon viele KI-Lösungen erarbeitet worden.
4. Die Open-Source-Lösung ist wesentlich billiger. Die Verwaltungsprofis kosten keine 190 Euro pro Stunde für Support, Entwicklung, Troubleshooting und was da sonst noch anfällt, vom Basispreis 130.000 oder 650.000, ganz zu schweigen. Beide Preise werden im Vertrag genannt. Gibt es da eventuell Fördergeld? Egal, es sind öffentliche Gelder mit entsprechendem Auftrag.
5. Weitere Informationen im folgenden Artikel."

Einschub: Dieser Artikel ist ein Artikel der KI-Assistenz F13 aus Baden-Württemberg.

"Disclaimer, ich bin weder in der Verwaltung noch in der Softwarebranche tätig. Mein finanzielles Interesse beschränkt sich darauf, keine unnützen Steuern zu berappen, wenn keine Notwendigkeit besteht."

StL 06 Donner korrigiert, dass F13 von Aleph Alpha und nicht von einer Verwaltung entwickelt worden sei.

Frau Bade bestätigt, dass der Artikel erwähnt habe, dass F13 von Aleph Alpha stamme.

Frau StL 06 Donner erläutert, dass die Lösung F13 zwar zwei Jahre Vorsprung habe, aber Probleme in der Entwicklung bestanden hätten. Sie betont, dass der Preis von 190 Euro pro Stunde nicht aus den Vorlagen stamme. Zudem erläutert sie, dass der Landkreis 20 % an den Entwicklungskosten trage und dass intellex deutlich umfassender sei als F13. Sie beschreibt, dass intellex datenschutzkonforme KI-Assistenten und Agenten ermögliche, die in Fachbereichen eingesetzt werden könnten. Beispiele seien die Übersetzung in Leichte Sprache, Unterstützung bei Vergabeverfahren und Zuständigkeit in der Jugendhilfe. Sie betont, dass Assistenten interkommunal geteilt werden könnten.

KTA Korth fragt, ob die Firma tarifgebunden sei, und erwähnt das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz. Er argumentiert, dass bei Verträgen ab 20.000 Euro die Einhaltung des Gesetzes erforderlich sei. Er begründet dies mit der Notwendigkeit, branchenübliche Löhne zu zahlen.

Vorsitzender T. Petersen fragt, woher **KTA Korth** die Informationen habe und **KTA Korth** antwortet, dass sie aus dem Internet stammten.

Vorsitzender T. Petersen fragt, ob dort explizit auf die Nicht-Tarifbindung hingewiesen werde, was **KTA Korth** verneint. Auf der Webseite von straiqr.ai stünde nicht explizit, dass sich an das Tariftreue- und Vergabegesetz gehalten werde.

StL 06 Donner erklärt, dass ein Kooperationsvertrag und nicht ein Dienstleistungsvertrag geschlossen worden sei. Sie betont, dass eine Kooperation mit gleichwertigen Rechten und Pflichten keine Vergabe erfordere und dass der Vertrag geprüft worden sei.

KTA Siebolds fragt, warum der Landkreis nicht an koordinierten Bemühungen teilnehme, um Standards und Kompatibilität zu gewährleisten. Er kritisiert, dass jeder Landkreis für sich agiere, was zu hohen Kosten führe.

Landrätin Schulz verweist auf das Online-Zugangs-Gesetz als Beispiel für fehlende Tools.

StL 06 Donner berichtet, dass Niedersachsen die Software bereits in einigen Kreisen, Städten und Kommunen teste. Sie betont, dass interkommunale Kooperationen stark seien und Assistenten zwischen Kommunen geteilt werden könnten.

KTA Siebolds fragt nach Plattformen für Kooperation und erwähnt, dass Wettbewerber in der Wirtschaft es

schaffen, miteinander zu kooperieren.

Vorsitzender T. Petersen erklärt, dass ein gesonderter Tagesordnungsantrag nötig sei, wenn die Debatte fortgeführt werden solle. Er betont, dass der Kreisausschuss am 15.9. bereits eine Entscheidung getroffen habe.

6.4. Haushaltswirtschaftlicher Bericht zum 30.09.2025

2025/649

Vorsitzender T. Petersen weist darauf hin, dass der Haushaltswirtschaftliche Bericht zum 30.09.2025 vorliege und zur Kenntnis genommen worden sei.

Vorsitzender T. Petersen fragt, ob weitere Tagesordnungspunkte im nicht öffentlichen Teil behandelt werden müssten, und stellt fest, dass keine weiteren Themen zur Diskussion stünden und schließt die Sitzung.

gez. T. Peteresen

Vorsitzender

gez. Donner

Protokollführung